



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Jahresberichte der höheren Lehranstalten in Preußen

Preußische Auskunftstelle für Schulwesen <Berlin>

**Berlin, Nachgewiesen 1921/22 - 1927/28(1930); damit Ersch.
eingest.**

Privatschulen

urn:nbn:de:hbz:466:1-30023

der in unermüdlichen Sammlungen bemüht war, der Schule Geldmittel zu verschaffen. Ihnen ist überhaupt die Aufrechterhaltung der Übungen und des Werkunterrichts zu danken. Geschenke von industriellen Gesellschaften, um die sich besonders Herr Studienrat Zeitler bemühte, vermehrten die Sammlungen.“ (Städt. Kirchner-Oberrealschule, Berlin.)

„Ohne das durch Aufführungen und sonstige Sammlungen aufgebrachte Geld wäre es bei den geringen Mitteln, welche die Stadt Berlin zur Verfügung stellt, nicht möglich gewesen, für die notwendigsten Schulbedürfnisse zu sorgen. Auch der Verein ehemaliger Schüler der Hindenburg-Realschule spendete für Schulzwecke 3200 M. Leider fehlt es der Anstalt an wohlhabenden Gönnern, und so wird manches zu Grunde gehen, was sonst erhalten werden könnte. Neuanschaffungen sind eigentlich ausgeschlossen.“ (Städt. Hindenburg-Realschule, Berlin-Charlottenburg.)

„Da bei der finanziellen Notlage des Staates dieser entsprechende Beihilfen zu dem durch Verlegung der Physikräume bedingten Umbau, sowie für Instandsetzung und Vermehrung der Lehrmittel nicht bereit stellen konnte, traten die einflußreichsten Kreise aus Stadt und Land im Herbst zu einer Gesellschaft von Freunden und Förderern des Staatlichen Gymnasiums und der Realschule zu Siegburg zusammen. Ihre Tätigkeit ist schon eine recht segensreiche gewesen, da es ihr zu verdanken ist, daß die Herstellung der neuen Physikräume ohne wesentliche staatliche Beihilfe sich der Vollendung nähert. Außerdem gab die Gesellschaft die Mittel her zur Ausbesserung der Kartensammlung und zur Anschaffung einer neuzeitlichen schonenden Aufbewahrungsvorrichtung für das Anschauungsmaterial.“ (Staatl. Gymnasium mit Realschule, Siegburg.)

„Die Not der Zeit wird auf die Frequenz im kommenden Schuljahr insofern nicht ohne ungünstigen Einfluß bleiben, als die Zahl der auswärtigen Schüler, die mit der Bahn nach Hechingen fahren, sicher geringer werden wird. Kostet doch jetzt im März eine Schülermonatsfahrkarte auf der Hohenzollerischen Landesbahn, die keine 4. Klasse führt, von Haigerloch nach Hechingen 5100 M., von Jungingen nach Hechingen 2100 M. Auf der Staatsbahn kostet die Monatskarte von Balingen nach der Zollerstation 4. Klasse (etwa dieselbe Entfernung wie Haigerloch-Hechingen) 2150 M. Pensionen für auswärtige Schüler sind sehr schwer und nur zu hohen Preisen zu erlangen.“ (Staatl. Reform-Realgymnasium, Hechingen.)

„So schließt der Jahresbericht mit herzlichem Danke und festem Vertrauen auf eine gesunde Entwicklung der Schule trotz aller Not der Zeit. Wir stehen als Männer an der Arbeit und wollen Männer erziehen. Das Kulturgut unseres Volkes ist so reich, daß unsere Jugend nicht arm werden kann, auch wenn sie an äußerem Besitz auf manches verzichten lernt. Sie muß wieder kämpfen um den Geist. Das aber entspricht dem Wesen des Geistes. Geist und volles Leben gewinnen und besitzen wir nur im Kampfe, nicht im satten Genuße. Darum Heil unserer Jugend!“ (Städt. Oberrealschule, Halberstadt.)

Ganz besonders hart wurden die **Privatschulen** betroffen, die ihren Zahlungsverpflichtungen trotz fortgesetzter Schulgelderhöhung nicht mehr zu genügen vermochten; daher verloren sie eine große Anzahl von Lehrern und Lehrerinnen, die sich lohnenderen Berufen zuwandten. Wo sie aushielten, verzichteten sie an manchen Anstalten freiwillig auf einen Teil des ihnen zustehenden Gehalts.

„Das Schuljahr 1922 steht auch für das evangelische Lyzeum in Godesberg, und für dieses im Besonderen, unter dem Zeichen schwerer Kämpfe und Hemmungen, so daß es als ein Wunder bezeichnet werden muß, daß die Schule nicht ein Opfer der schweren Zeit wurde.

Bei der rapid fortschreitenden Geldentwertung nahm der Kampf um die wirtschaftlichen Grundlagen der Existenz Formen und Ausmaße an, wie wir sie auch in den schweren vorhergehenden Kampffahren nicht entfernt für möglich oder durchführbar gehalten hätten. Da der Unterhaltsträger, der evangelische Verein für innere Mission, ohne eigenes Vermögen und darum nicht imstande ist, die Schule aus eigenen Mitteln zu erhalten, und da es trotz immer wiederholter Bemühungen nicht gelang, die Ortsgemeinde zur Übernahme der Unterhaltungspflicht zu bewegen, vielmehr deren Zuschüsse sehr spät und sehr spärlich eintrafen, so blieben auch die Staatsbeihilfen fortwährend zeitlich und umfänglich weit hinter dem zurück, was der Staat zu leisten bereit war und die Schule zu ihrem Fortbestand brauchte. Infolgedessen standen Kuratorium und Schulleitung immer wieder vor der verzweifelten Aufgabe, neue Geldquellen zu erschließen. Es ist wohl kein Weg unbeschritten geblieben, der dazu führen konnte, und auch kaum einer ohne Erfolg, nur daß jeder Gewinn angesichts der lawinenhaft wachsenden Anforderungen immer wieder in nichts zer-rann. Es konnte trotz aller Anstrengungen nicht verhindert werden, daß zweimal die Gehälter der Lehr-

kräfte bis auf 15% der staatlichen Sätze sanken. Und so ist es doch letzten Endes nur der treuen Hingabe der Lehrkräfte an ihre ideale Aufgabe, die auch unter solchen Verhältnissen ausharrten, zu danken, daß die Schule die Stürme dieses Jahres überdauert hat, und es ist deshalb doppelt erfreulich, daß es zuletzt doch noch gelang, — hauptsächlich durch die Opferbereitschaft der Eltern und einige hochherzige Spenden aus Holland — die gerechten Ansprüche der Lehrkräfte, wenigstens zum größten Teil, zu befriedigen.“ (Priv. evang. Lyzeum, Godesberg a. Rh.)

„In wirtschaftlicher Hinsicht war das abgelaufene Schuljahr ein ganz besonders schweres. Die Unmöglichkeit, die unheimlich steigenden Ausgaben durch Schulgeld allein zu decken, die anfängliche Weigerung der Stadt Frankfurt, die zur Erreichung der Staatsbeihilfe notwendige städtische Beihilfe zu gewähren, und das Fehlen anderer Mittel brachte uns in die bitterste Not, und der Diakonissenverein sah sich außerstande, die zum Fortbestand der Anstalt notwendigen Mittel aufzubringen. Um eine Schließung zu verhüten, die sowohl den Lehrkräften wie den Schülerinnen schwere Nachteile gebracht hätte, entschloß sich die Unterzeichnete, vom 1. 1. 1923 die Schule wieder auf eigene Rechnung zu übernehmen. Inzwischen war erreicht worden, daß die oberen städtischen Behörden der Schule eine Beihilfe bewilligt hatten; insolgedessen konnte auch mit der Gewährung eines Staatszuschusses gerechnet werden. Im Vertrauen hierauf, unterstützt von dem wertvollen Rat und der Hilfe der in Frage kommenden Behörden, und getragen von einer opferwilligen und hilfsbereiten Elternschaft, haben wir, d. h. das Kollegium und ich, es unternommen, die schwere Arbeit auf uns zu nehmen und durchzuhalten, bis endlich kurz vor Ostern die erbetene Hilfe gewährt wurde.“ (Priv. Lyzeum Jost, Frankfurt a. M.)

„Trotz der großen Notlage leisteten alle Lehrkräfte das Äußerste, und so konnte der Schulbetrieb aufrecht erhalten bleiben. Der Verein der „Freunde des Lyzeums Steimer“ brachte die notwendigen Mittel auf, um den Lehrkräften Zulagen zu den Gehältern zu verschaffen, und durch Stiftungen einiger Eltern von Schülerinnen konnte für die Heizung der Räume gesorgt werden. Eine Weiterführung des Betriebes der Anstalt wäre aber unmöglich gewesen, wenn nicht Ende Februar endlich durch Beschluß des Magistrats die Unterstützung der Schule seitens der Stadt grundsätzlich bewilligt und größere Vorschüsse für 1923 gezahlt worden wären.“ (Priv. Lyzeum Steimer, Frankfurt a. M.)

„Das Schuljahr 1922/23 stand unter dem Zeichen der Not. Aus inneren Gründen hatte die Anstaltsleitung sich nicht entschließen können, Zuschüsse zu den Unterhaltungskosten der Schule aus öffentlichen Mitteln anzunehmen. Die Elternschaft stand treu zu ihrer Schule und brachte willig große Opfer durch Zahlung erhöhter Schulgelder. Leitung und Lehrerschaft halfen sich mit bescheidenem Einkommen durch die Not der Zeit, so gut es ging: so kamen wir durch den Sommer. Die fortschreitende Geldentwertung machte schließlich eine weitere Steigerung der Schulgelder unmöglich. Unsere Schülerinnen stammen nicht aus valutastarken Kreisen. Die Opferwilligkeit der Eltern fand ihre Grenzen an der Unmöglichkeit. Die Lehrerinnen konnten mit dem geringen Einkommen nicht bestehen. Auf der anderen Seite blieb für den Berichterstatter die aus innerer Überzeugung stammende Unmöglichkeit, Zuschüsse vom Staat und von der Stadt anzunehmen, weil sie an Bedingungen geknüpft sind, welche die Eigenart der Anstalt und ihres Lehrkörpers beeinträchtigen. Aus diesem Konflikt fand sich kein Ausweg. So blieb nur der Entschluß, die Anstalt aufzulösen. Es ist ein schwerer Kampf gewesen, und nur nach bitterer innerer Not hat sich der Anstaltsleiter dazu durchgerungen. Über 100 Jahre hat die Schule wertvolle Kulturarbeit an der Jugend unserer Stadt geleistet, Tausende von jungen Mädchen verdanken ihr wertvolle Bildung des Herzens und des Verstandes. Aus manchen Familien des Ostens sind Generationen der alten Schule treu geblieben. Das sind wertvolle Güter, die wir nur nach schweren Gewissenskämpfen preisgeben konnten.

Unter solchem schweren Druck teilte der Direktor der staatlichen und städtischen Unterrichtsverwaltung im November 1922 mit, daß er gezwungen sei, die Schule Ostern 1923 zu schließen. Die beste Lösung der Krise wäre gewesen, wenn entweder der Staat oder die Stadt die Schule übernommen hätte. Sie haben schließlich die Verpflichtung, für die Steuerzahler des Ostens auch die notwendigen Schulen zu beschaffen. Die staatlichen höheren Lehranstalten liegen alle im Westen Berlins, für den Osten ist nichts geschehen. Auch die Stadt hat für unseren Bezirk nicht viel getan. Bei der trostlosen Finanzlage war diese Regelung von vornherein aussichtslos. Dem Provinzial-Schulkollegium, besonders dem Abteilungsdirigenten, gelang es nach langer Verhandlung, unseren Widerstand gegen die Annahme von Zuschüssen zu überwinden. Leicht ist dem Berichterstatter das Opfer seiner Überzeugung nicht geworden. Nur die Erwägung, daß gegen 1000 Schülerinnen ohne Schule, über dreißig Lehrkräfte brotlos wären, hat ihn zum Nachgeben gebracht. Eine

so schwere Verantwortung konnte er nicht übernehmen. Seine Schule, seine Schülerinnen, seine Mitarbeiter waren ihm ans Herz gelegt, sie konnte er nicht preisgeben, deshalb opferte er lieber seine Überzeugung.

Daß die jetzige Lösung befriedigt, kann keiner behaupten. Es ist zweifellos, daß die Gehälter der Beamten und Lehrer gerade das Existenzminimum bedeuten. Wie soll nun jemand mit 80 v. H. der Bezüge auskommen? Es kommt hinzu, daß von diesen 80 v. H. noch die Beiträge für die Krankenkasse und die Angestelltenversicherung abgehen, so daß höchstens 60 v. H. für den Lebensunterhalt verbleiben. Auch die Besoldung des Direktors bleibt weit hinter dem Einkommen seiner Amtsgenossen an den öffentlichen Anstalten zurück. Während diese nach Gruppe XII besoldet werden, erhält er nur nach Gruppe X Gehalt. Jeder Studienrat gehört nach Gruppe X, das älteste Drittel nach XI. Die Frage der Altersversorgung ist ungelöst. Die städtischen Körperschaften haben zwar beschlossen, den Leitern und Lehrkräften der Berliner privaten Lyzeen 50 v. H. des amtlichen Ruhegehaltes zu gewähren, wenn der Staat die andere Hälfte übernimmt. Der Staat aber hat sich noch nicht geäußert, obwohl der Beschluß der städtischen Körperschaften schon vor einem Jahr gefaßt worden ist. Eine weitere Schwierigkeit bereitet den Privatanstalten die Bezahlung der Sachkosten (Lehrmittel, Heizung, Beleuchtung, Miete, Reinigung usw.). Aus öffentlichen Mitteln — Staat und Stadt — erhalten sie Zuschüsse nur zur Besoldung, die sachlichen Kosten müssen aus den Schulgeldern gedeckt werden. In normalen Zeiten betrugen die Sachkosten etwa die Hälfte der Besoldungsbeträge, jetzt sind sie ihnen mindestens gleich. Es genügt der Hinweis auf die Kohlenpreise. Da ist es unvermeidlich, daß unsere Schulgeldsätze erheblich über die der staatlichen und städtischen Schulen hinausgehen müssen. Und noch darüber hinaus werden wir an die Opferwilligkeit der Eltern uns wenden müssen. Der Herr Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung selber hat vor kurzem in einem Erlaß die Privatschulen auf diesen Weg gewiesen.

Ob Staat und Stadt bei ihrer Finanznot auf die Dauer ihre Zahlungen werden leisten können, erscheint fraglich. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sie eines Tages versagen werden.

So ist also die Zukunft unserer Schule durchaus nicht gesichert. Wir dürfen trotzdem den Mut nicht sinken lassen. Eine so große Schule wie die unsrige kann nicht untergehen. So oder so muß schließlich eine endgültige Lösung gefunden werden.“ (Priv. Zemfisches Lyzeum, Berlin.)

„Schon in der „guten“ Zeit vor dem Kriege war es eine überaus schwere Aufgabe, ein privates Lyzeum zu unterhalten. Eine Fülle von Sorgen brachte es mit sich, eine weitgehende Sparsamkeit war notwendig und vor allem eine schier unbegrenzte Opferwilligkeit und Uneigennützigkeit eines idealgesinnten Lehrkollegiums, das gegen farge Besoldung schwere Aufgaben erfüllen mußte. Wir haben bei der Marienschule diesen Idealismus stets gefunden, und so war es möglich, die Schule mehr als ein Menschenalter hindurch zum größten Teil ohne jede Unterstützung nur mit einem kleinen staatlichen Zuschuß zu unterhalten. In der schweren Kriegszeit siegte auch bei der liberalen Mehrheit des damaligen Stadtverordnetenkollegiums die Einsicht, daß auch konfessionelle Lyzeen Aufgaben erfüllen, die eigentlich der Stadt obliegen, und die Marienschule erhielt auch eine städtische Beihilfe. Durch diese Zuschüsse waren die Schwierigkeiten erleichtert, aber nicht beseitigt. Ins Ungemessene wuchsen sie, als nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges der immer weiter fortschreitende Verfall der deutschen Währung die finanzielle Grundlage der Schule erschütterte und ihren Bestand in Frage stellte.

Mit Dank erkennen wir an, daß die Staatsregierung, die städtische Verwaltung und mit ihr die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung in klarer Erkenntnis der Bedeutung der privaten Lyzeen dieser schwierigen Lage in weitfichtiger und gerechter Fürsorge Rechnung getragen haben.

Durch ein Abkommen mit der Stadt ist der Bestand der Schule nach aller Voraussicht gesichert. Der Staatsregierung sowie der städtischen Verwaltung und Vertretung gebührt dafür aufrichtigster Dank.“ (Priv. Marienschule, Düsseldorf.)

„Nach langen Vorarbeiten wurde durch Stadtverordnetenbeschluß vom 3. Mai 1922 ein Vertrag mit der Stadt genehmigt, durch den die Gleichstellung der Lehrkräfte mit den städtisch angestellten Lehrkräften grundsätzlich festgelegt wurde.

Die Stadt übernahm danach die Zahlung der Gehälter in Höhe von 100 % der städtischen Gehälter und 90 % der städtischen Sachausgaben. Alle Einkünfte der Schule wurden laut Vertrag an die Stadt abgeführt. Durch diese Regelung waren Schulleitung und Lehrkräfte von einer schweren Sorge befreit und konnten ihre Kräfte verstärkt den pädagogischen und unterrichtlichen Aufgaben zuwenden.“ (Priv. Lyzeum Müller, Düsseldorf.)

„Ein denkwürdiger Tag war der 3. Mai 1922. Nach langen vorbereitenden Verhandlungen genehmigte die Stadtverordnetenversammlung den Antrag auf Gewährung von Betriebszuschüssen für die privaten Lyzeen. Infolgedessen erhalten die weltlichen Lehrerinnen 100 % der Beträge, die sie beziehen würden, wenn sie in städtischen Diensten ständen. Die Lehrschwestern erhalten eine Unterhaltungssumme, die der I. Gruppe (7. Stufe) der Besoldungsordnung entspricht. Die sächlichen Ausgaben der Schule werden mit 90 % der Summen gedeckt, die für die städtischen Schulen vorgesehen sind.“ (Priv. St. Ursula-Lyzeum, Düsseldorf.)

„Im ersten Monat des letzten Vierteljahres stellte es sich heraus, daß die Kohlenvorräte für den Rest des Winters nicht ausreichen würden, so daß Nachbestellungen gemacht werden mußten. Da ein Gesuch um Mehrbewilligung von Kohलगeld gegenüber den Haushaltsplanzahlen von der Behörde ohne Antwort blieb, waren wir genötigt, von den Eltern der Schülerinnen je 4000 Mk. für die Begleichung der Kohlenrechnungen zu erbitten.“ (Priv. Lorenz-Lyzeum, Berlin-Friedenau.)

„Die Schule hat sich aus eigenen Mitteln erhalten, konnte das aber wegen der Teuerung nicht mehr durchführen und ist Anfang Februar um einen Zuschuß von Seiten des Magistrats und des Staates für den April eingekommen.“ (Priv. Lyzeum Rirstein, Berlin-Charlottenburg.)

„Im Schuljahre 1922/23 haben die Privatlizeen in schweren wirtschaftlichen Kämpfen gestanden. Der Erlaß des Herrn Ministers vom 19. 4. 1921 war noch immer nicht so durchgeführt, daß den Lehrkräften eine geregelte Gehaltszahlung gesichert war. Erst im Winter 1922/23 erfolgten die Anweisungen durch Stadt und Staat so, daß einigermaßen regelmäßig gezahlt werden konnte. Trotz der wirtschaftlichen Not der Lehrkräfte haben Schulbetrieb und Unterricht dank des Idealismus aller Mitglieder des Kollegiums nicht gelitten. Die Maßnahmen, welche durch den Erlaß der Planwirtschaft der Stadt Berlin veranlaßt wurden, sollten sich gegebenenfalls auch auf die subventionierten Privatlizeen erstrecken. Der Anstalt erwuchs daraus eine gewisse Beunruhigung. Nach eingehenden Besichtigungen und Revisionen durch Vertreter der Stadt- und Schulbehörde wurde in Anerkennung der Leistungsfähigkeit der Anstalt von jeder Zusammenlegung Abstand genommen.“ (Priv. Lyzeum, Berlin-Friedenau.)

„Im Januar 1923 trat die Stadt an den Besitzer der Anstalt mit dem Vorschlag heran, das Lyzeum zu verstadtliehen. Herr Kommerzienrat Quistorp beschloß darauf, der Stadt das Schulhaus Allee-Str. 83 zur Miete zu überlassen, das Pensionat aber, das 48 Jahre lang bestanden hat, zu schließen. Der Magistrat wollte aber bei den beschränkten Räumen das Lyzeum nicht übernehmen; um die Anstalt, die ein dringendes Bedürfnis für den Westen Stettins ist, nicht eingehen zu lassen, übernahmen Stadt und Staat die Unterhaltungskosten. Bei allmählichem Abbau der Grundklassen wird nun das Lyzeum unter meiner Leitung und Beibehaltung der Lehrkräfte in dem Hindenburg Hause weitergeführt. Das Pensionsgebäude nebst Park und Turnhalle ist von der Landwirtschaftskammer gekauft, die Turnhalle wird dem Lyzeum bis auf weiteres zur Verfügung gestellt. Durch diese große Umgestaltung ist alles andere in den Hintergrund gedrängt worden.“ (Priv. Lyzeum Friedenshof, Stettin.)

„Am 24. März fand eine denkwürdige Kuratoriumssitzung statt. Der Vorsitzende, Herr Bürgermeister Dr. Rathmann, und sämtliche Mitglieder des Kuratoriums erklärten sich mit dem Vorschlag der Direktorin Plüschke, das Lyzeum auf den städtischen Etat zu übernehmen, einverstanden und versprachen, bei den städtischen Körperschaften für die Übernahme zu wirken. Am 28. März wurde in dem Magistrat, am 29. März in der Stadtverordnetenversammlung der Beschluß gefaßt, das Lyzeum zu verstadtliehen, wenn das Reich $\frac{1}{4}$ der Gehälter zahle.“ (Priv. Lyzeum, Neustadt, O.-Schl.)

„Auch die von der Stadt getroffenen Wohlfahrtseinrichtungen wurden den Schülerinnen zugänglich gemacht. Im Sommer wurde einen Monat lang 10 Schülerinnen Gelegenheit geboten, 3 mal wöchentlich Solnbäder zu nehmen. Das ganze Jahr hindurch konnten die in früheren Jahren üblichen Quäferspeisungen durch das Entgegenkommen der städtischen Behörde fortgesetzt werden. Einige Schülerinnen wurden bei der Verschickung erholungsbedürftiger Kinder nach Bayern und Württemberg berücksichtigt.“ (Priv. Lyzeum der armen Schulschwestern v. U. L. Fr., Beuthen.)

„Das 2. Halbjahr war für die Schule eine Zeit der größten finanziellen Not. Die Erhöhung der Gehälter, die gewaltige Steigerung aller Preise forderten Summen, welche durch die vorhandenen Mittel nicht gedeckt werden konnten. Da die staatlichen und städtischen Beihilfen noch nicht einkamen, sah sich der Vorsitzende des Kuratoriums genötigt, an den Opfergeist der Eltern zu appellieren. Durch deren freiwillige Spenden wurde es möglich, der Schule so viel Vorschüsse zu geben, daß das Allernotwendigste für

die Gehälter der Lehrkräfte von Monat zu Monat gezahlt werden konnte.“ (Priv. kath. Lyzeum, Duisburg.)

„Das im Herbst v. Js. von mir an die Stadt Berlin gerichtete Gesuch um einen Zuschuß wurde im Frühjahr dieses Jahres abgelehnt. Da halfen die Eltern meiner Schülerinnen. Sie bewilligten ein sehr viel höheres Schulgeld als das bisher gezahlte und machten es mir dadurch möglich, die meiner Schule treugebliebenen Lehrkräfte besser zu stellen und neue Lehrkräfte zu gewinnen.“ (Priv. Willigmannsches Lyzeum, Berlin.)

„Auch an dieser Stelle möge erwähnt werden, daß alle Versuche, von der Stadt Hilden einen größeren Zuschuß zu bekommen, bis jetzt ergebnislos geblieben sind. Mit besonderem Dank dagegen sei auch hier der Staatsunterstützung gedacht, die allein es uns möglich gemacht hat, unsere Anstalt durchzuhalten.“ (Priv. Lyzeum der Diakonissen, Hilden.)

Auch die mit den höheren Lehranstalten in Verbindung stehenden **Alumnate** wurden in Mitleidenschaft gezogen; während die einen ihre Pforten schließen mußten, entstanden bei anderen Anstalten neue:

„Das mit dem Gymnasium verbundene Alumnat, welches der Leitung und Aufsicht des Anstaltsgeistlichen unterstellt ist, trägt Familiencharakter. Die Höchstzahl der Zöglinge findet ihre Grenze an der Stelle, wo der familienhafte Charakter des Zusammenlebens aufhört. Die Hausmutter, eine gebildete Dame, leitet den wirtschaftlichen Betrieb. Der Inspektor, ein Philologe oder Theologe, beaufsichtigt die Schüler bei ihren Arbeiten und setzt sich zur Förderung eines regelmäßigen Fortschreitens in stetes Einvernehmen mit den Lehrern des Gymnasiums. Beide Hauseltern haben die Aufgabe, auf die Alumnen erzieherisch einzuwirken. Das Zusammenleben im Alumnat soll den Alumnen das Elternhaus möglichst ersetzen. Die Zöglinge wohnen in schönen, geräumigen, durchaus gesunden Zimmern in der Regel zu zweien beieinander. Sie schlafen höchstens zu vierten zusammen in großen, lustigen Räumen.“ (Evang. Gymnasium, Gütersloh.)

„Das Alumnat konnte anfangs der Nachfrage nicht genügen, seitdem aber (seit November 1922) die Pflegegeldsätze in der Weise erhöht worden sind, daß die Schüler im ganzen für die tatsächlichen Kosten an Nahrung, Heizung und Beleuchtung aufkommen, sind manche Meldungen zurückgezogen worden. Es betrugen die Sätze in den 3 Zahlklassen a, b, c im Dezember etwa 8 800, 7 600, 6 700 M., im Januar etwa 16 000, 14 000, 12 000, im März etwa 34 000, 30 000, 26 000 M. Die Höhe der Sätze ergab sich aus dem Durchschnitt der Ausgaben des vorausgehenden Monats, doch werden die Ferientage mit 80% abgerechnet, und ein Vergleich mit anderen Internaten zeigt, daß unser Alumnat immer noch zu den billigsten gehört, d. h. den Charakter als Wohltätigkeitsanstalt nach Kräften zu wahren sucht.“ (Stift.-staatl. Pädagogium zum Kloster U. L. Frauen, Magdeburg.)

„Die Einrichtung eines Schülerheims auf Grund des ministeriellen Erlasses vom 9. 2. 1922 (U II 7927/20), nach dem für mehrere in den abgetretenen Ostgebieten gelegene Schülerheime Ersatz geschaffen werden soll, kann für die Entwicklung der Anstalt von besonderer Bedeutung werden. Fraustadt leidet unter einem Mangel an geeigneten Schülerpensionen. Wiederholt haben Schüler aus dem Kreise und den anschließenden Nachbarkreisen die Anstalt nicht besuchen können, da es an Unterbringungsmöglichkeiten fehlte. Der Aufbau eines Alumnats entspricht somit einem dringenden Bedürfnis. Des weiteren wird durch diese Neueinrichtung Fürsorge dafür getroffen, daß im Falle des Eingehens deutscher höherer Minderheitsschulen in Polen hier in der Grenzmark gleichsam eine Aufnahmestelle für die deutsche Jugend der abgetretenen Gebiete geschaffen wird. Das Schülerheim wird zunächst in den Räumen des hiesigen staatlichen Lehrerseminars untergebracht werden. Die Schüler treten in die Beköstigung der Seminaristen mit ein. Durch Zuschüsse zu den üblichen Verpflegungssätzen soll auf Grund besonderer Abmachungen mit der Wirtschaftlerin des Seminars eine ausreichende Verpflegung sichergestellt werden. Die Aufsicht über die Schüler führt ein im Seminar wohnender Lehrer des Gymnasiums.“ (Staatl. Gymnasium, Fraustadt.)

„Für den Ausbau des Progymnasiums, insbesondere für die Schülerzahl der oberen Klassen, ist von großer Bedeutung das Ostern 1918 eröffnete St. Antonius-Konvikt. Es sollte auch den zahlreichen Schülern vom Lande, besonders denen ohne Bahnverbindung, ein Heim bieten. Während des Schuljahres wohnten darin 33 Schüler. Die Aufsicht, Erziehung und Überwachung beim Studium hatte der hochw. Herr Präses Wilhelm Dhlert, bis Ostern 1922 Assistent am erzbischöflichen Konvikt in Münsteriefel. Bis zum Oktober 1922 wurde der Haushalt von weltlichem Personal geführt, von da an